Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 9

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Im Augenblick, da wir die Monatschronik abfassen müssen, ist das Eidgenössische Parlament zu seiner Herbstsession zusammengetreten, und die Beratung der *Bundesfinanzvorlage* durch den Ständerat steht erst noch bevor. Man weiß also noch nicht, wie diese Vorlage aussieht und wie groß die Differenzen gegenüber den nationalrätlichen Vorschlägen sein werden. Sollte der Ständerat den Anträgen seiner Kommission folgen, dann kann schon jetzt der dritte Versuch, endlich zu einer dauerhaften Neuordnung der Bundesfinanzen zu gelangen, als gescheitert betrachtet werden. Kein Geringerer als der freisinnige Finanzminister Streuli selbst hat das von der ständerätlichen Kommission ausgebrütete Machwerk als «Finanzordnung des reichen Mannes» bezeichnet. Tatsächlich ist man dem Kapitalbesitz außerordentlich weit entgegengekommen. Außer dem Verzicht auf die Ergänzungssteuer auf Vermögen, die schon der Nationalrat fallengelassen hat, setzte die ständerätliche Kommission auch die Höchstbelastung der juristischen Personen von 6 auf 5 Prozent und jene des Gewinnes von 0,75 auf 0,6 Promille herab. Das Steuermaximum für hohe Einkommen natürlicher Personen wurde von 8,5 Prozent, wie der Nationalrat beantragt, auf 7,5 Prozent zurückgeschraubt. Dazu soll die Couponsteuer gänzlich wegfallen und die Verrechnungssteuer nur von 25 auf 30 Prozent erhöht werden. Auf die Biersteuer will die ständerätliche Kommission vollständig verzichten und statt dessen entsprechende Zollzuschläge erheben. Verschlechtert soll schließlich auch die Freiliste der Warenumsatzsteuer werden und die Besteuerung der Genossenschaften. Neben diesen großen Geschenken an die Reichen werden den kleinen Leuten die steuerfreien Minima bei der Wehrsteuer von 6000 Franken für Ledige und 7500 Franken für Verheiratete auf 5000 Franken beziehungsweise 6500 Franken heruntergesetzt.

Begreiflich, daß über eine solche Neuordnung der Bundesfinanzen das Besitzbürgertum hocherfreut ist. Die «Schweizerische Gewerbezeitung» und die «Schweizerische Arbeitgeberzeitung» spendeten der ständerätlichen Kommission hohes Lob, während die «Schweizerische Handelszeitung» mit Bundespräsident Streuli bös ins Gericht fuhr, weil er sich erlaubt hat, die Finanzkreise an ihre staatspolitische Pflicht und Verantwortung zu erinnern. Solche Mahnungen hören unsere Großverdiener nicht gern. Mit dem Patriotismus wollen sie lieber Geschäfte machen, statt ihm Opfer bringen, deshalb findet man es ja auch durchaus in Ordnung, dem Staate nicht etwa zu geben, was des Staates ist, sondern ihm soviel wie möglich vorzuenthalten. So wird bei uns noch immer Wertschriftenvermögen im riesigen Ausmaß von fünf Mil-

liarden Franken der ordentlichen Besteuerung durch Bund, Kantone und Gemeinden entzogen. Daß dies auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler und der lohnarbeitenden Bevölkerung geht, die durch ihre Lohnausweise den hintersten Franken ihres Einkommens zu versteuern haben, ist einleuchtend. Das bereitet jedoch dem «reichen Mann» keine Sorgen; er hält das für so selbstverständlich wie seine bestimmte Erwartung, daß die neue Bundesfinanzordnung ganz seinen Wünschen und Begehren zu entsprechen habe, wenn es auch zu Lasten der Arbeitnehmer und Konsumenten geht.

Man wird sich freilich täuschen, wenn man glaubt, daß eine solche Finanzvorlage jemals vor dem Volk Gnade finden werde. Nur eine Finanzordnung auf der Grundlage ehrlicher Verständigung und beidseitigen Entgegenkommens ist denkbar. Ein Lösungsversuch, der einseitig die Kapitalinteressen begünstigt, wird auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiter und Angestellten stoßen und letztlich scheitern müssen. Sehr deutlich ist denn auch das Echo in der sozialdemokratischen Presse und bei den Gewerkschaften auf die Beratungen der ständerätlichen Kommission ausgefallen. In einer öffentlichen Erklärung gab das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes seinem Bedauern darüber Ausdruck, «daß es, sofern der Ständerat den Beschlüssen seiner Kommission folgt, einem verständnislosen Besitzesegoismus gelungen sein wird, ein auf parlamentarischem Weg angestrebtes Verständigungswerk zu vereiteln. Es betrachtet diesen Ausgang, den der dritte Anlauf zur Bundesfinanzreform zu nehmen im Begriffe ist, als eine staatspolitische Schande, die unserer Demokratie unwürdig ist».

Die scharfe Reaktion der Arbeitnehmerschaft auf die Einstellung der Finanzkreise in der Bundesfinanzfrage ist um so verständlicher, als in diesen Wochen eine *neue Teuerungswelle* einzusetzen beginnt. Neue Aufschläge der Mietzinse sind angekündigt und neue Preisforderungen für Milch- und Milchprodukte. Dabei steht der Index der Konsumentenpreise bereits auf 179,5, hat also jene Grenze erreicht, da *neue Lohnbewegungen* unvermeidlich werden. Es ist kein Geheimnis, daß bäuerliche Unterverbände sich mit einem Milchpreisbegehren von 2 Rappen pro Liter begnügt hätten; aber bernische Scharfmacher fanden, man mache sich bei der Bauersame beliebter, wenn man den Bengel höher werfe; man könne ja dann noch immer, wenn man damit nicht durchkomme, auf zwei Rappen zurückgehen. Diese Methode mag beim Kuhhandel üblich sein, aber beim Preis des wichtigsten Volksnahrungsmittel ist sie verwerflich. Selbst die Landwirtschaft zieht daraus auf lange Sicht gesehen keinen Nutzen. Denn wie sollen ihre Preisbegehren noch ernst genommen werden, wenn man derart ins Zeug fährt und mit den Konsumenten umspringt? Die Landwirtschaft wird endlich darangehen müssen, den Ausweg nicht einfach in immer neuen Preisforderungen zu suchen, sondern ihre wirtschaftliche Lage dadurch zu verbessern, daß sie mit Hilfe einer rationelleren Betriebsweise und Betriebsführung die Produktionskosten senkt

und eine Agrarpolitik einschlägt, die nicht einseitig die wohlsituierten Landwirte begünstigt, sondern die hart um ihre Existenz kämpfenden Klein- und Bergbauern fördert. Neue Preiserhöhungen setzen unweigerlich auch die Lohnspirale wieder in Bewegung, und letzten Endes sind bei dieser Entwicklung sowohl die Lohnempfänger wie die bäuerlichen Produzenten abermals die Düpierten. Weder die Landwirtschaft noch die Arbeiterschaft haben ein Interesse daran, daß die Kaufkraft und der allgemeine Lebensstandard sich verschlechtert. Eine verantwortungsbewußte Wirtschafts- und Finanzpolitik müßte jetzt alles unternehmen, um eine weitere Teuerung abzustoppen. Jedenfalls werden die Organisationen der Arbeitnehmerschaft sich mit größter Entschiedenheit dagegen wehren, daß ihr Reallohn ausgerechnet in Zeiten, da die Wirtschaft auf vollen Touren läuft und große Gewinne abwirft, geschmälert wird. Wenn infolge von Mißernten landwirtschaftliche Preisaufschläge unumgänglich geworden sind, so dürfen die Kosten nicht einfach mehr auf die Konsumenten abgewälzt, sondern sollen aus den Mitteln des Bundes übernommen werden, der angesichts seiner glänzenden Rechnungsabschlüsse dazu auch ohne weiteres in der Lage ist. *P. S.*

Außenpolitik

Die Abrüstungsverhandlungen der UNO-Unterkommission sind wieder einmal auf dem toten Punkt angelangt. Trotzdem im Verlaufe der letzten Verhandlungsperiode von beiden Seiten sukzessive Konzessionen an den Standpunkt der anderen gemacht wurden, scheiterte eine Einigung schließlich an dem Punkte, daß der Westen seinen noch bestehenden Vorsprung in der atomaren Rüstung nicht einbüßen möchte, um nicht des Gegengewichtes gegen die russische Überlegenheit in der herkömmlichen Rüstung verlustig zu gehen. Er forderte darum, daß während der Pause in den Versuchsexplosionen von vorläufig einmal ein oder zwei Jahren auch die Herstellung von Kernwaffen zu ruhen habe, während Rußland «Bedingungen» ablehnt.

Um den quantitativen Vorsprung des Westens wettzuschlagen, trumpfte Moskau mit einem qualitativen Vorsprung auf, mit der interkontinentalen Rakete, welche Wasserstoffbomben an jeden beliebigen Punkt der Erde trägt. Ein Beitrag an das Zustandekommen einer Abrüstungsvereinbarung war auch das nicht, sondern nur ein Ansporn für die Gegenseite, alle Energie einzusetzen zur Aufholung ihres hier zum Vorschein gekommenen Rückstandes. Und inzwischen gehen die amerikanischen, britischen und russischen Versuchsexplosionen weiter; die USA haben sogar schon eine neue Serie mit H-Bomben im Stillen Ozean für das kommende Frühjahr angekündigt.

Die neue Session der UNO-Generalversammlung begann mit einer außerordentlichen Tagung zur Entgegennahme des Berichtes, den die dazu bestellte Kommission über die Ereignisse in Ungarn vom letzten Herbst ausgearbeitet

hat. (Die Kommission stand übrigens unter der Leitung des Dänen Andersen, des neuen Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale.) Die Debatte endete mit der Annahme einer Tadelsmotion an die Adresse der Sowjetunion, daß sie das ungarische Volk mit bewaffneter Hand überfallen und ihm eine verhaßte Regierung aufgezwungen hat, und an die Adresse der Regierung Kadar, daß sie dem ungarischen Volke die elementarsten Menschenrechte vorenthält. Erwähnenswert ist, daß gegen die Resolution, die mit 60 Stimmen angenommen wurde, zusammen mit dem kommunistischen Block nur ein einziger Staat aus eigenen Stücken stimmte, nämlich Jugoslawien. Der jugoslawische Delegierte machte geltend, die vorgelegte Resolution annehmen, hieße wieder zum Kalten Krieg zurückkehren. Die Frage blieb unbeantwortet, zu was für Zuständen man zurückkehre, wenn die brutale Niederknüppelung und dauernde Besetzung eines Landes auch nicht einmal mehr mit einem moralischen Tadel – unter Verzicht auf jede anderweitige Maßnahme – bedacht werden darf.

Zehn Staaten, vorwiegend arabisch-asiatische, enthielten sich der Stimme, darunter Indien, dessen Vertreter unterstrich, daß Indien das, was Ungarn angetan worden sei, keineswegs billige. Aber im Hinblick auf höhere Interessen und um eine Verständigung und Befriedung im Weltmaßstab nicht zu behindern, solle man jetzt einander nicht mit verletzenden Resolutionen auf den Leib rücken. Die gleiche Zurückhaltung konnte man nicht feststellen, als es seinerzeit gegen Großbritannien, Frankreich und Israel wegen ihrer Suezaktion ging, und die gleiche Abneigung gegen moralische Verurteilung könnte man sehr wahrscheinlich auch ein zweites Mal nicht wieder finden, wenn es tatsächlich zu einem westlichen Vorgehen gegen Syrien kommen sollte.

Mit der arabisch-asiatischen Stimmenthaltung sollte zweifellos auch der Westen bestraft werden für seine Syrienpolitik und dafür, daß er eine Diskussion der Ereignisse in Oman im Sicherheitsrat abgewürgt hatte. Daß in Asien ein Unwille über diese westliche Politik besteht, ist begreiflich. Dreierlei starke Bedenken sind dennoch gegen das arabisch-asiatische Verhalten geltend zu machen: erstens kann das ungarische Volk nichts für die Vorgänge im Mittleren Osten, zweitens hat man, anstatt auf dem Eigenrecht auch der kleinen Völker *unbedingt* zu beharren, es zu einem bedingten gemacht. Und schließlich – was den Kleinen und Kleineren nie unterlaufen dürfte – hat man, anstatt sich mit dem Opfer einer gefräßigen Großmacht durchs Band weg zu solidarisieren, dieser Großmacht zu verstehen gegeben, daß alles mit «Objektivität» betrachtet und mit Milde beurteilt werden kann.

Der Nervenkrieg um Syrien ist heftig aufgeflammt und ist wieder abgeflammt. Schon lange beinahe noch schroffer antiwestlich eingestellt als Ägypten, bezieht es Waffen und technische und wirtschaftliche Hilfe aus der Sowjetunion und deren Satelliten, und ein kürzlicher Schub im Offiziers-

korps drängte eine Anzahl Offiziere, die offenbar noch nicht als verläßlich genug antiwestlich galten, von ihren Posten. In der Darstellung der westlichen Propaganda wurde daraus ein kommunistischer Staatsstreich, der Auftakt zur Bolschewisierung Syriens und der Umwandlung des Landes in einen russischen Militärstützpunkt.

Das Staatsdepartement konstatierte eine lebhafte Beunruhigung von Syriens Nachbarstaaten, schickte in spektakulärer Weise über eine Luftbrücke Waffen nach Jordanien, als ob höchste Eile geboten wäre, die amerikanische Mittelmeerflotte patrouillierte vor der syrischen Küste, und an der syrischen Grenze erschienen türkische Truppen, die zufällig gerade dort Manöver abhielten . . .

Für eine gründliche Abkühlung sorgte König Saud, der in Washington zu verstehen gab, man möge bitte das Augenmaß nicht verlieren, nicht aus dem syrischen Nationalismus schon den Bolschewismus machen, und ein allfälliges Vorgehen gegen Syrien sei absolut unerwünscht. Saud ist der wertvollste Alliierte der USA im Mittleren Osten, sein Wort ist in Washington Gebot. Im richtigen Moment verstand aber Moskau noch einen politischen Nutzen aus der Angelegenheit zu ziehen. Bulganin richtete einen drohenden Brief an die Türkei, sich vor einem Angriff auf Syrien zu hüten, und so erscheint die Sowjetunion wieder im Lichte eines mächtigen Beschützers des arabischen Nationalismus und als maßgebliche Garantin des Friedens.

Auf Antrieb seines initiativen Präsidenten Gronchi ist Italien in das Reservat der großen Ölgesellschaften im Mittleren Osten eingebrochen, indem es mit Persien einen Ölvertrag abschloß. Dabei wird bei der Verteilung der Rendite anstatt des gebräuchlichen Schlüssels 50:50 hier ein solcher 75:25 zugunsten Persiens zur Anwendung gelangen. Das ist ein regelrecht revolutionäres Ereignis, dessen weitere Entwicklung alle Aufmerksamkeit verdient.

Die Wahlen in Westdeutschland haben damit geendet, daß Adenauer über 50 Prozent aller Stimmen und die absolute Mehrheit im Bundestag erhielt. Die SPD, die ebenfalls Stimmengewinne verzeichnete, aber in weit geringerem Umfange als die CDU, besetzt über einen Drittel der Sitze und blockiert den Weg zur verfasserungsändernden Zweidrittelsmehrheit, ist aber im übrigen entschieden in die Opposition verwiesen, der in der Bundesrepublik lange nicht die Stellung, die Funktion und die Achtung zukommen, wie etwa der Opposition in England.

Die Wählerschaft hat nicht angesprochen auf die Versprechen der SPD, die verhärteten weltpolitischen Fronten aufzuweichen, mit den Russen ins Gespräch zu kommen und die Wiedervereinigung Deutschlands in Gang zu bringen. Durch Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, strengsten Verzicht auf alle Kernwaffen, Abtausch der Mitgliedschaft in der NATO gegen eine solche in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem hoffte sie, die

Russen für die deutsche Wiedervereinigung interessieren zu können. Konkret gesprochen heißt das, daß sie hoffte, Chruschtschew dazu bewegen zu können, Ulbricht fallenzulassen, die SED zu opfern und Ostdeutschland preiszugeben.

Insofern kann man der Wählerschaft nicht einmal einen Vorwurf machen, daß sie darauf nicht lebhafter ansprach, denn es wurde tatsächlich immer unwahrscheinlicher, daß die Rechnung der SPD aufgehen könnte. Anläßlich seines Besuches in der DDR hat Chruschtschew Ulbricht an sein Bruderherz gedrückt, hatte versichert, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen und hatte die Ostdeutschen aufgefordert, keinerlei Angriffe auf ihren verdienten Führer zuzulassen. Und die Wiedervereinigungsnote, die Moskau kurz vor dem Wahltag noch nach Bonn sandte, ließ vollends einen Reif auf alle Wiedervereinigungshoffnungen fallen. Dieses russische Verhalten hat Adenauer zweifellos mehr genützt als die Unterstützung, die ihm die befreundeten westlichen Regierungen gewährten.

Unter den Motiven für Chruschtschews Verhalten darf man keinesfalls die Klasseninstinkte übersehen, die der oberste Manager der schroffsten antisozialistischen Macht hat: mit jedem wird er sich lieber ins Einvernehmen setzen, jedem wird er lieber Konzessionen machen, als einem Sozialdemokraten. So wie er seinerzeit in England bekannte, wenn er dort zu Hause wäre, so wäre er Anhänger der Konservativen und nicht der Labourpartei, so würde er die Wiedervereinigung, wenn es schon sein müsse, lieber einem Adenauer zugestehen als dem Sozialisten Ollenhauer.

Wenn die Oder–Neiße-Grenze von Tito anläßlich seiner Begegnung mit Gomulka in aller Form anerkannt worden ist, so will er damit zweifellos den Anstoß dazu geben, daß diese Anerkennung weiter um sich greife. Bis jetzt ist Rußland der einzige Garant von Polens Westgrenze, und das setzt dem polnischen Unabhängigkeitsstreben sehr bestimmte Grenzen. Größere Ellbogenfreiheit gewänne Polen erst, wenn seine Westgrenze auch vom Westen her garantiert wäre, vor allem natürlich von Deutschland. Diese Anerkennung würde einen Knoten lösen, der die Verselbständigung Osteuropas behindert. Erst wenn die östlichen Nachbarn Deutschlands es nicht mehr nötig haben, sich durch Annahme der russischen Hegemonie gegen die Gefahr eines wiedervereinigten Deutschlands zu schützen, ist weitere Unabhängigkeit in Osteuropa möglich. Und mit fortgeschrittener Verselbständigung und Normalisierung Osteuropas kann man überhaupt erst im Ernst an eine deutsche Wiedervereinigung denken.

Vielleicht können diese Dinge und kann der Anstoß Titos jetzt nach den Wahlen, insbesondere da nun die chauvinistische Flüchtlingspartei BHE aus der Bundespolitik ausgeschieden ist, in der Bundesrepublik ruhiger diskutiert werden. *OH*